

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نېاشد تن من مېباد بدین بوم و پر زنده بیک تن مېباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Jörg Kronauer

23.12.2020

Ein Rückblick auf die politischen Verwerfungen des Jahres 2020

China steigt auf, der Westen versucht verzweifelt, seine globale Dominanz zu bewahren.

Ein Rückblick auf die politischen Verwerfungen des Jahres 2020

Jörg Kronauer schrieb an dieser Stelle zuletzt in der [Ausgabe vom 29. April](#) über den Fall Huawei und die Rivalität zwischen den USA und China.

Eines ist das Jahr 2020 für die internationale Politik unzweifelhaft gewesen: reich an Ereignissen und an Aktivitäten, die sich aus tiefgreifenden Verschiebungen in den globalen Kräfteverhältnissen ergeben haben oder die direkt auf diese Verschiebungen Einfluss nehmen sollten. Vor allem der Wiederaufstieg Chinas nach einer zwei Jahrhunderte währenden Schwächephase prägt aktuell die Weltpolitik, nicht zuletzt, weil die Vereinigten Staaten ihn mit einem hemmungslosen Machtkampf, der in diesem Jahr weiter eskalierte, zu verhindern suchen. Die von Deutschland dominierte EU wiederum setzt inmitten dieses Machtkampfs ihr Streben nach einer eigenen Weltmachtstellung fort; dies zeigte sich dieses Jahr in der verstärkten Aggression gegen Russland. Mehr und mehr machte sich der regionale Aufstieg der Türkei bemerkbar. All dies wurde überschattet von der Covid-19-Pandemie, die gravierende Konsequenzen für die internationale Politik mit sich brachte.

Die Pandemie hat die historische Verschiebung der ökonomischen Gewichte vom transatlantischen Westen nach Ostasien weiter beschleunigt. Die Wirtschaft der Volksrepublik China wäre wohl auch ohne die Pandemie erheblich schneller gewachsen als der Westen. Dass es den Kampf gegen die Seuche aber weitaus erfolgreicher führte als die Vereinigten Staaten und die EU, hat nicht nur zahllose Menschenleben gerettet, sondern sorgte auch dafür, dass die Volksrepublik als einzige große Volkswirtschaft weltweit in diesem Jahr ein Wachstum verzeichnen konnte – je nach Schätzung von etwas mehr oder weniger als zwei Prozent. Orientiert man sich an den jüngsten Prognosen der OECD von Anfang Dezember, dann wird die chinesische Wirtschaft im Jahr 2022 um gut 15 Prozent über dem Vorkrisenniveau des Jahres 2019 liegen – die US-Wirtschaft hingegen muss sich im selben Zeitraum mit einem Plus von knapp drei Prozent zufriedengeben, während der Euro-Zone immer noch rund ein Prozent fehlen wird, um zu ihrer Wirtschaftsleistung von 2019 aufzuschließen. Deutschland, nur wenig besser als der EU-Durchschnitt, wird 2022 mit Mühe und Not sein Vorkrisenniveau erreicht haben. Laut Berechnungen, die das Japan Center for Economic Research Mitte Dezember publizierte, wird Chinas Wirtschaftsleistung an derjenigen der Vereinigten Staaten, die sie nach Kaufkraftparität schon heute übertrifft, auch

in absoluten Zahlen deutlich früher, als bislang vermutet, vorbeiziehen – wahrscheinlich schon 2028 oder 2029.

Nicht nur wirtschaftlich, auch politisch hat die Pandemie dem transatlantischen Westen einen herben Rückschlag im Machtkampf gegen China verpasst. Bereits im März warnten US-Medien besorgt, man schlittere gerade in die erste schwere globale Krise seit 1945, bei deren Bekämpfung die Vereinigten Staaten keine führende Rolle spielten. Mehr noch: Das krasse Scheitern der USA, aber auch der EU, im Umgang mit der Pandemie hat vielen Menschen – nicht zuletzt in Afrika, vor allem aber in Asien – Illusionen über die Allmacht des Westens genommen und, schlimmer noch, dessen Handlungsfähigkeit ernsthaft in Frage gestellt. Die Volksrepublik hingegen, die seit dem späten Frühjahr kaum noch Neuansteckungen oder gar Todesfälle verzeichnet, erwies sich nicht nur als erfolgreich im Kampf gegen die Pandemie im eigenen Land, sie greift schon seit März vielen Ländern mit Hilfslieferungen unter die Arme. Ihre politische Führungsrolle wird sie dank ihrer Impfstoffe womöglich ausbauen können: Während die Vakzine, die in Europa und in den USA entwickelt wurden, laut Recherchen der Citigroup zu rund 85 Prozent von den reichen westlichen Ländern aufgekauft wurden, haben chinesische Konzerne nicht nur Lieferungen an ärmere Länder gestartet, sondern manchen von ihnen sogar eine Lizenz zur Eigenproduktion und zur Versorgung ihrer jeweiligen Region erteilt. Nicht in der Lage, dem materiell etwas entgegenzusetzen, haben USA und EU ihre antichinesische Agitation verschärft; siehe die Stichworte »China-Virus« (USA) und »Maskendiplomatie« (EU).

Attacken der USA

Zugleich haben die westlichen Mächte den wirtschaftlichen Druck auf China intensiviert, wenngleich auf unterschiedliche Weise. Im Januar hatten sich manche noch der trügerischen Hoffnung hingegeben, mit dem »Phase One Deal« könnten sich die transpazifischen Spannungen ein wenig mildern. Beijing hatte Washington darin Zusagen zum Kauf von US-Gütern zwecks Reduzierung des US-Handelsdefizits sowie Zugeständnisse beim Schutz des geistigen Eigentums gemacht. Spätestens mit dem dramatischen Absturz der USA in die Coronakrise jedoch erwies sich diese – ohnehin irrige – Hoffnung auf ein Abflauen des Wirtschaftskriegs als verfehlt. Im Laufe des Jahres verhängte Washington nicht nur Sanktionen gegen eine wachsende Zahl chinesischer Funktionsträger, es weitete vor allem die Sanktionen gegen Chinas erfolgreiche Hightechbranche aus. Schlagzeilen machte insbesondere der Versuch der Vereinigten Staaten, Huawei in die Knie zu zwingen, um die Volksrepublik beim globalen Aufbau der zukunftssträchtigen 5G-Netze aus dem Rennen zu werfen. Allerdings wurden auch eine ganze Reihe weiterer chinesischer IT-Konzerne mit Strafmaßnahmen belegt. Vielleicht die größte Bedeutung kommt Washingtons Absicht zu, Beijing am Aufbau einer eigenen Halbleiterproduktion zu hindern – deren Schwäche ist die Achillesferse der chinesischen Industrie. Schwer wog etwa das Embargo, das die Trump-Administration im September gegen den Chiphersteller SMIC verhängte, auf dem ein Teil der chinesischen Hoffnungen für den schnellen Aufbau einer eigenen Halbleiterbranche und damit eine baldige technologische Unabhängigkeit vom Westen ruht. Vergangene Woche setzte das US-Handelsministerium das Unternehmen auf eine »Schwarze Liste«, um es vom Bezug von US-Technologien abzuschneiden.

Zielen die US-Sanktionen langfristig auf ein »Decoupling«, die Abkopplung Chinas von westlicher Technologie, so hat Washington gleichzeitig seinen politischen Druck auf die Volksrepublik erhöht. Tourte US-Außenminister Michael Pompeo regelmäßig um die Erde, um souveräne Staaten zum Verzicht auf Huawei-Technologie zu nötigen, so vergaß er, wo immer es sich anbot, nie, auch gegen Beijings globales Großprojekt, die »Neue Seidenstraße«, zu agitieren. Die Welt gegen die Volksrepublik aufzubringen – das war, neben

der unmittelbaren militärischen Drohgebärde, ein Ziel der verstärkten Patrouillenfahrten und Manöver der US-Seestreitkräfte im Südchinesischen Meer. Punktuell spitzte Washington dabei die Dinge gezielt zu, so etwa im April, als China und Malaysia gerade einen Streit um Bodenschätze unter dem Meeresboden vor Borneo austrugen und die U.S. Navy ungefragt mit mehreren Kriegsschiffen in dem betreffenden Gebiet auftauchte – angeblich lediglich, um Malaysia zu unterstützen. Bislang ist es den Vereinigten Staaten freilich noch nicht gelungen, die Länder Südostasiens zur offenen Positionierung gegen China zu nötigen: Die Wirtschaftskooperation mit Beijing ist für die Region längst unverzichtbar geworden. Eine Ausnahme ist Taiwan, das sich von Washington in seinem alten Kampf gegen die Volksrepublik unterstützen lässt: Zuletzt genehmigten die USA Taipeh Rüstungslieferungen im Wert von fast zwei Milliarden US-Dollar.

Gewisse Fortschritte haben die Vereinigten Staaten freilich mit »Quad« erreicht, dem Quadri-lateral Security Dialogue, einem lockeren Pakt mit Japan, Australien und Indien. Im November führten – nach längerem Zögern – erstmals die Streitkräfte aller vier Quad-Staaten gemeinsam Großmanöver (»Malabar 2020«) im Golf von Bengalen und im Arabischen Meer durch. Australien hat sich in der Region mit seinen scharfen Attacken gegen China ohnehin längst einen Namen als Hilfssheriff der Trump-Administration gemacht; in diesem Jahr preschte es etwa mit aggressiven Vorwürfen gegen Beijing im Zusammenhang mit der Coronapandemie vor. Neu war allerdings, dass Indien Australien zur Beteiligung an »Malabar 2020« einlud. New Delhi hat – ungeachtet der Tatsache, dass es sich traditionell als asiatischer Rivale Chinas begreift – lange gezögert, sich im Machtkampf gegen Beijing allzu offen auf die Seite des Westens zu schlagen, und etwa noch zu Jahresbeginn Huawei-Equipment für die indischen 5G-Testläufe zugelassen. Eine Wende kam, als im Sommer – eine Folge von Kräfteverschiebungen, die die Aufhebung der Autonomie der indischen Region Kaschmir im Herbst 2019 und die folgende Unterstellung des Gebiets unter direkte Kontrolle Neu-Delhis mit sich brachte – im Himalaja Kämpfe zwischen indischen und chinesischen Truppen losbrachen. Indiens hindunationalistische Rechtsregierung startete daraufhin eine heftige antichinesische Kampagne mit Wirtschaftsboykotten, Verboten chinesischer Apps und politischer Agitation. Ob Indien eine gewisse außenpolitische Eigenständigkeit wahren oder zum willigen Parteigänger des Westens wird, ist eine offene, aber äußerst weitreichende Frage.

China wehrt sich

Neu ist, dass China 2020 begonnen hat, auf westliche Aggressionen mit unmittelbarer Gegenwehr zu reagieren. Es hat in diesem Jahr in Reaktion auf US-Sanktionen erstmals seinerseits Sanktionen gegen US-Politiker verhängt, und es hat begonnen, US-Konzerne ins Visier zu nehmen – zunächst mit der Mitteilung, eine Liste »unzuverlässiger Unternehmen« zu erstellen, deren Chinageschäft künftig mit Sanktionen belegt werden kann. Gelistet werden können nicht nur Firmen, die Chinas »nationaler Sicherheit« Schaden zufügen, sondern auch solche, die chinesische Unternehmen in unzulässiger Weise diskriminieren. Bereits getroffen hat es die Rüstungskonzerne Lockheed Martin und Raytheon sowie die Militärsparte von Boeing.

Darüber hinaus hat Beijing im Oktober ein neues Exportkontrollgesetz verabschiedet, das zum 1. Dezember in Kraft getreten ist und es ermöglicht, die Ausfuhr in der Volksrepublik hergestellter Güter strikt zu reglementieren – eine Grundlage für etwaige Embargos. Exemplarisch setzt sich China gegen die sich häufenden Attacken Australiens zur Wehr: Es hat begonnen, Strafzölle auf wichtige australische Exportgüter zu verhängen und manche Einfuhren aus dem Land gänzlich zu stoppen. Die Maßnahmen, die Australien durchaus schmerzen – China ist sein mit Abstand wichtigster Absatzmarkt –, sind dabei mehr als nur

eine Antwort auf Canberras Aggressionen: Sie legen auch anderen Staaten nahe, sorgfältig darüber nachzudenken, ob sie es sich leisten wollen, antichinesische Kampagnen zu schüren.

Deutschlands Spagat

Von Bedeutung ist all dies nicht zuletzt auch für Berlin und die EU. »Europa«, wie die Union sich gern nennt, hat sich im zu Ende gehenden Jahr im Rahmen seines Weltmachtstrebens aggressiver gegen China in Stellung gebracht. Ein Ausdruck dessen sind die »Indopazifik-Leitlinien«, die die Bundesregierung am 2. September offiziell verabschiedet hat und die als Blaupause für eine »Indopazifik«-Positionierung der EU dienen sollen. Sie sehen umfangreichere Einflussaktivitäten am Indischen Ozean und in der Asien-Pazifik-Region vor, auch militärische – etwa eine zumindest punktuelle Marinepräsenz und eine engere Streitkräftekooperation mit Australien, nach Möglichkeit auch mit weiteren Staaten. Gleichzeitig, und das unterscheidet die BRD und die EU von den USA, setzt die Bundesregierung in ihren Leitlinien auf die Fortführung der Wirtschaftskooperation mit China und trägt damit der immensen Bedeutung der Volksrepublik als Absatzmarkt und als Produktionsstandort für die deutsche Industrie Rechnung. Entsprechend wird China in Berlin und in Brüssel nicht nur als »Wettbewerber« und »systemischer Rivale« eingestuft, sondern auch als ökonomischer »Partner«. Die Bundesregierung hat denn auch konsequent versucht, sich einem Boykott von Huawei zu verweigern. Das hat sie freilich nicht davon abgehalten, Hindernisse für chinesische Investitionen zu errichten: Vorfahrt hat selbstverständlich immer noch der Schutz der eigenen, hinter die chinesische Konkurrenz zurückfallenden Industrie.

In Rückstand – auch gegenüber den Vereinigten Staaten – ist die Industrie Deutschlands und der EU schon jetzt ausgerechnet bei den modernsten Zukunftstechnologien geraten. Riesige Internetkonzerne gibt es in den USA und in China. Aber in Europa? Fehlanzeige. Halbleiter kommen vor allem aus prowestlichen Staaten in Ostasien. Die EU ist schlecht aufgestellt und stellt nur zehn Prozent der globalen Chipproduktion. Wollen Berlin und Brüssel den Anspruch realisieren, in der Weltpolitik eine führende Rolle zu spielen, dann müssen sie ihre industrielle Hightechbasis komplettieren, um Abhängigkeiten zu vermeiden. Schon 2019 hat die EU, um ihre Aufholjagd zu starten, eine »europäische Batterieallianz« angestoßen. Dieses Jahr kamen weitere Initiativen hinzu: »Gaia-X« zur Schaffung einer »europäischen Cloud«, jüngst zudem der Versuch, in EU-weiter Kooperation eine »europäische Halbleiterproduktion« auf die Beine zu stellen. Parallel – es geht ja nicht nur um ökonomische Eigenständigkeit – laufen die Bemühungen um den Aufbau europäischer Streitkräfte weiter, wobei allerdings das Militarisierungsprojekt Pesco noch nicht die gewünschten Erfolge erzielt: Im November beschlossen die EU-Verteidigungsminister, von den aktuell 47 Pesco-Projekten nur 26 »mit Priorität« weiterzuverfolgen; der Rest wird möglicherweise eingestellt. Die Frage, ob es vor diesem Hintergrund angesagt ist, lauthals mit »strategischer Autonomie« der EU zu prahlen, hat zuletzt zu Differenzen zwischen Paris (dafür) und Berlin (dagegen) geführt.

Großbritannien reintegrieren

Dabei ist es Berlin im Oktober 2020 gelungen, eine wichtige Brücke zu schlagen – indem es in der EU durchsetzte, dass an Pesco-Projekten unter bestimmten Bedingungen auch Nicht-EU-Staaten teilnehmen dürfen. Das zielt darauf ab, Norwegen und vor allem Großbritannien einbinden zu können, zwei Nicht- bzw. Nicht-mehr-EU-Staaten, von denen vor allem das Vereinigte Königreich militärisch stark ist; die Bundesregierung zielt deshalb darauf ab, insbesondere London fest in die Herausbildung europäischer Streitkräfte zu integrieren. Für die britischen Eliten ergibt das als eine Option unter mehreren durchaus Sinn: In manchen Fragen, beispielsweise hinsichtlich des Atomabkommens mit Iran, vertreten sie mehrheitlich andere Positionen als das US-Establishment, weshalb es für London vorteilhaft ist, außen-

und militärpolitisch auch nach dem »Brexite« je nach Bedarf eng mit der EU kooperieren zu können. Dafür hat sich im Laufe des Jahres 2020 das »E 3«-Format etabliert, ein lockerer Verbund aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien. London, nicht mehr fest in die EU gebunden, hält sich unter dem Schlagwort »Global Britain« freilich auch andere Optionen offen. Ob sein Konzept aufgeht, seine Außen- und Militärpolitik ganz an seinen nationalen Interessen zu orientieren, also unter Umständen auch mit wechselnden Bündnissen zu operieren, wird man sehen.

Parallel zum Bemühen um die Stärkung der eigenen wirtschaftlichen und militärischen Basis hat Berlin begonnen, Vorkehrungen zur Abwehr äußeren Drucks auf die deutsche bzw. die europäische Wirtschaft zu treffen. Begleitet vom Auswärtigen Amt und von französischen Stellen hat kürzlich eine »Taskforce« des Thinktanks European Council on Foreign Relations (ECFR) ein detailliertes Konzeptpapier präsentiert, das Vorschläge zur Abwehr zum Beispiel von Strafzöllen und von extraterritorialen Sanktionen skizziert – motiviert durch die entsprechenden US-Maßnahmen, die auch die EU treffen. Das Papier soll nun in den Brüsseler Gremien diskutiert werden; der ECFR schlägt darin etwa die Gründung einer sanktionsimmunen europäischen Exportbank sowie einer EU-Behörde für ökonomische Zwangsmaßnahmen vor. Zu den US-Maßnahmen, die in Zukunft ausgehebelt werden können sollen, gehören neben den extraterritorialen Iran-Sanktionen die US-Zwangsmaßnahmen gegen die Erdgaspipeline Nord Stream 2. Der Konflikt um die Leitung ist dieses Jahr weiter eskaliert – bis hin zu US-Sanktionen, die den Fährhafen Mukran auf Rügen inklusive seiner Gesellschafter treffen, weil der Hafen als logistische Basis für die Verlegung der Rohre genutzt werden soll. Längst steht bei dem erbitterten Kampf um die Pipeline nicht mehr nur eine lukrative Säule der deutschen Energiepolitik auf dem Spiel, sondern mehr: die Fähigkeit, bei Bedarf eine eigenständige Politik auch gegen den transatlantischen Rivalen USA durchzusetzen. Diese Fähigkeit wird – davon ist nicht nur der ECFR überzeugt – in Zukunft auch ungeachtet des Personalwechsels im Weißen Haus notwendig sein.

Front gegen Russland

Freilich hat der Zwist mit den Vereinigten Staaten auch im vergangenen Jahr nichts daran geändert, dass Berlin gemeinsam mit Washington den Machtkampf gegen Moskau weiterführt. Zu Jahresbeginn hatten die USA das Großmanöver »Defender Europe 2020« gestartet, mit dem sie die Verlegung einer kompletten Division über den Atlantik und dann weiter bis an die russische Grenze proben wollten. Deutschland fungierte dabei als Logistikdrehscheibe – bis die Covid-19-Pandemie den weitgehenden Abbruch der Kriegsübung erzwang. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben: Die »Defender Europe«-Manöver werden fortgesetzt – kommendes Jahr zunächst in Südosteuropa und am Schwarzen Meer. Die Planungen für ein »Defender Europe 2022« haben ebenfalls bereits begonnen.

Auf politischer Ebene freilich kam Berlin im Machtkampf gegen Russland auch im vergangenen Jahr nicht recht vom Fleck. Das zeigte sich im Konflikt um die Ostukraine, den die Bundesregierung seit 2014 zu ihren Gunsten zu entscheiden sucht – im »Minsk-Prozess«, ohne die Vereinigten Staaten. Gelänge dies, dann hätte Berlin seinen eigenen Hegemonialanspruch in Osteuropa gestärkt. Ein Durchbruch blieb dort allerdings 2020 ebenso aus wie in Belarus, wo es trotz größerer Anstrengungen nicht gelang, mit Hilfe der neuen Proteste den Sturz von Präsident Alexander Lukaschenko zu erzwingen. Im Oktober nahmen Berlin und die EU angesichts des Ausbleibens von Erfolgen die Vergiftung von Alexej Nawalny zum Anlass, um mit neuen Sanktionen den Druck auf Russland zu erhöhen. Moskau stellt seitdem in Frage, ob es überhaupt noch sinnvoll ist, sich um Kooperation mit Deutschland und der EU zu bemühen.

Dabei hatte die Bundesregierung noch zu Jahresbeginn von der Unterstützung der russischen Regierung profitiert – Anfang Januar, als sie in intensiven Vorbereitungen für die Berliner Libyen-Konferenz steckte. In den südlichen und östlichen Anrainern des Mittelmeers, die Deutschland und die EU seit dem Start des »Barcelona-Prozesses« im Jahr 1995 möglichst eng anzubinden suchen, hatte es in den vergangenen Jahren mehrere Rückschläge gegeben – in Syrien etwa, wo es nicht gelungen war, Präsident Bashar Al-Assad zu stürzen und durch einen prowestlichen Nachfolger zu ersetzen, oder in Libyen, das nicht nur zerfallen war, sondern im Lauf des Jahres 2019 immer mehr unter die Kontrolle einerseits der Türkei, andererseits Russlands und der Vereinigten Arabischen Emirate zu geraten schien. Um wieder einen Fuß in die Tür zu bekommen, suchte sich Berlin als Mittler zwischen den Kriegsparteien zu betätigen. Weil aber die eigenen Potentiale dazu nicht reichten, ließ sich Bundeskanzlerin Angela Merkel kurz vor der Libyen-Konferenz in Moskau von Präsident Wladimir Putin Unterstützung zusagen. Alexander Graf Lambsdorff, außenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, lobte die deutsch-russischen Beziehungen anschließend als einen »Schatz«. Der Libyen-Konferenz folgte dann der Beschluss der EU, zur Durchsetzung des Waffenembargos gegen das nordafrikanische Land die EU-Operation Irini zu starten. Diese allerdings trug dazu bei, dass im vergangenen Jahr ein Konflikt mit einem weiteren Mittelmeeranrainer eskalierte: mit der Türkei.

Regionalmacht Türkei

Die Türkei ist einer der Staaten, die die globalen Kräfteverschiebungen und das Schwächeln des Westens zu nutzen suchen, um ihre eigene Stellung machtpolitisch aufzuwerten. Unter Präsident Recep Tayyip Erdogan stützt sich das Land geschickt einerseits auf reaktionäre Netzwerke der Muslimbruderschaft, andererseits auf ultrarechte pantürkische Strukturen. Mit Hilfe jener hat sich die Türkei zu einer relevanten Macht in Syrien und vor allem in Libyen aufgeschwungen; mit Hilfe dieser hat sie neuen Einfluss in Aserbaidschan und damit im Südkaukasus erlangt. Und obwohl Ankara fast überall Kräfte unterstützt, die im Konflikt oder gar im Krieg mit Verbündeten Russlands stehen, gelingt es bislang, die Kooperation mit Moskau zu wahren. Beide Seiten eint das Bestreben, die Konflikte, die Bedeutung für sie haben, ohne Zutun des Westens zu lösen – auch dies ein Zeichen, dass der Abstieg der alten transatlantischen Mächte voll im Gange ist. Die Türkei hat dabei zuletzt nicht nur ihren Einfluss in Ländern ausgeweitet, die einst zum Osmanischen Reich gehörten (»Neoosmanismus«), sie hat zudem begonnen, sich im östlichen Mittelmeer eine Basis als Seemacht zu schaffen (»Blaue Heimat«). Letzteres hat sie nicht nur in indirekten, sondern in direkten Gegensatz zur EU geführt – mit dem Konflikt um türkische Operationen aller Art in Gewässern vor Zypern sowie vor griechischen Inseln. Der Machtkampf zwischen Ankara und Brüssel, der den ohnehin bröckelnden Einfluss der EU rings um das Mittelmeer weiter untergräbt, kommt aus Sicht der deutschen Eliten zu den Machtkämpfen gegen Russland und gegen China sowie zu den Rivalitäten mit den USA hinzu: »Europa« sieht sich in seinem Weltmachtstreben einer immer größeren Zahl an Gegnern gegenüber.